

Artikel vom 03.09.2017

Prominenter Besuch in Durach

## Sommergespräch mit Dr. Gerd Müller



Über 350 politikinteressierte Bürger fanden sich einen Tag vor „Maria Himmelfahrt“ im Hof des „Dorf museums“ ein, um an diesem sonnigen Sommertag mit Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller, Bundesfinanzminister a.D. Dr. Theo Waigel und dem Landtagsabgeordneten und ehemaligen Journalisten des Bayerischen Fernsehens, Alex Dorow, über verschiedene Themen „Klartext“ zu sprechen. Für den Frieden auf der Welt, der aktuell bedroht ist durch die Krise mit Nordkorea und dem Krieg in Syrien, aber auch für die Sicherheit im Allgäu, wo früher die Haustüren nicht verschlossen waren, alles Nötige zu tun, versprach Dr. Gerd Müller. Sicherheit bedeute aber auch, die Probleme der Dritten Welt ernst zu nehmen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Am Beispiel von Syrien führte er den Zusammenhang zwischen Klimaveränderungen, Dürre, Radikalisierung und Krieg vor Augen. „Die Sehnsucht nach Stabilität“ führe zu dem Wagnis einer Mittelmeerüberfahrt ins „gelobte“ Europa. Spanien, Italien und Griechenland könne man mit der Flüchtlingspolitik nicht alleine lassen, so der Entwicklungsminister. Die Vorteile für uns durch die Einführung des Euro machte Dr. Theo Waigel allen nochmals bewusst: „2 Milliarden Euro würden wir jährlich beim Export von landwirtschaftlichen Gütern verlieren, wenn wir diese gemeinsame Währung nicht hätten!“ Auch halte er die Politik der jetzigen Regierung für eine große „Erfolgsstory“, deshalb unterstütze er den Wahlkampf von ganzem Herzen: „Ich möchte die CSU mit Dr. Gerd Müller und Bundeskanzlerin Angela Merkel weiter in der Regierung sehen!“, so der Ehrenvorsitzende der CSU. Auch über die Uneinigkeiten in der EU, z.B. bei der Aufnahme von Flüchtlingen wurde gesprochen und Dr. Waigel schlug Sanktionen für mangelnde Solidarität vor. „Wie kann man mehr Geld für die Entwicklungshilfe bereitstellen?“, waren mehrere Fragen der Zuhörer bei der anschließenden Diskussion. Auch das Verhältnis zu Russland und der Türkei war

den Bürgern ein Anliegen. „Es hilft nichts, wir müssen auch mit diesen Ländern im Dialog bleiben“, so die Politiker.